

Saale-Beitung.

Verlagsverlegerischer Jahrgang.

Anzeigen

werden die ... Anzeigen ...

Bezugspreis ...

Nr. 87.

Halle a. S., Sonntag, den 21. Februar

1909.

Die Verständigung in der „Subkommission“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt offiziös: „Die Mitteilungen der Presse über die gestrigen Verhandlungen in der von der Finanzkommission des Reichstages eingesetzten Subkommission treffen nicht in vollem Maße zu.“

Insbesondere ist es nicht richtig, daß die Beschlüsse das Ergebnis einer Verständigung mit der Reichsfinanzverwaltung bilden. Die bei der Beratung anwesenden Vertreter des Reichsfinanzamts haben selbstverständlich keine zustimmende Erklärung abgegeben, da sie damit von dem Bundesrat bisher eingenommenen Stellung abgewichen wären.

Wir haben in der gestrigen Abend-Ausgabe der „Saale-Zeitung“ (siehe unter „Deutsches Reich“) einige Details dieser ziemlich unklar gehaltenen „Verständigung“ wiedergegeben — so wie die „Germania“ dargestellt hat. Es handelt sich um Einführung einer Besitzsteuer (an Stelle der Nachschaffsteuer) in Höhe von 150 Millionen Mark, welche von den Einzelstaaten durch Steuern von Besitz und Einkommen, einstuftweise nach der Kopfzahl der Bevölkerung aufzubringen ist.

Aus der oben abgedruckten, recht gemündeten Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“, die nur davon spricht, daß die Mitteilungen „nicht in vollem Maße“ getroffen, darf man schließen, daß die verbündeten Regierungen für den Antrag Camp-Herold schließlich doch zu haben sein werden! Für den Freistaat hängt die Zustimmung in erster Linie davon ab, wie die geplante Besteuerung des Besitzes in Wirklichkeit ausfallen soll. Einzuweisen muß man dieser „Verständigung“ also noch recht vorsichtig gegenüberstehen. Rühl als sein Herr genannt. Sehr richtig sagt auch die „Köln. Ztg.“: „Die Mitteilungen geben kein richtiges Bild des Sachverhalts. Die Matrularbeiträge betragen zurzeit 24 Millionen und sollen nach der Regierungsvorlage auf 48 Millionen erhöht werden. Nach dem Antrage Camp sollten sie weiter eine Steigerung bis auf höchstens 150 Millionen erfahren. Dazu bedarf es nicht erst eines Gesetzes, da die Erhöhung der Matrularbeiträge schon bisher zulässig war. In welcher Weise die erhöhten Beiträge aufzubringen sind, wird in dem Antrag Camp zunächst nicht vorgeschrieben. Es ist also auch nicht nötig, sie durch Besitzsteuer auszuführen.“

Erst bis zum 1. Februar 1912 soll ein Gesetz vorgelegt werden, wonach die Einzelstaaten die Matrularbeiträge durch Besitzbesteuerung aufzubringen haben. Was das bedeutet, ist vor der Hand ganz unklar. Beispielsweise kann in Preußen die Regierung eine Erhöhung der Eisenbahnpersonentaxen vornehmen, dabei die vierte Klasse freilassen und dann behaupten, sie bewerkzeuge den Besitz. Sicher ist nach dem Antrag Camp nichts als die Erhöhung der Matrularbeiträge; alles andere ist Zukunftsmuß. Es wird daher noch langwieriger Verhandlungen bedürfen, um eine unbedingte Gewähr für die Aufbringung der 102 oder 150 Millionen durch wirkliche Besitzsteuern zu schaffen, soll ein Kompromiß über die Reichsfinanzreform zustande kommen.“

Die „Kattib. Kor.“ schreibt: „Der Antrag, der an dem heutigen Stand der Dinge nichts Wesentliches ändern würde, bedeutet in Wirklichkeit ein gefährliches Manöver. Man will zunächst die erforderlichen Gelder durch eine Besteuerung des Konsums zusammenzutragen und die Frage der direkten Steuern dann jelezuzeitig auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Eine solche Politik werden die Nationalliberalen nicht mitmachen. Wer gibt denn die Garantien, daß jenes Gesetz, das die Matrularbeiträge in von den Einzelstaaten einzuführende Besitzsteuern verwandelt, auch vom Reichstage oder den Einzelstaaten angenommen wird?“

H. Berlin, 20. Febr. (Privattelegramm der „Saale-Ztg.“) Zu den Beratungen der Subkommission für die Reichsteuern schreibt die „Freisinnige Ztg.“, es sei zwar eine Klärung, aber noch keine befriedigende Lage geschaffen worden. Die Steuer-Kommission würde über die Angelegenheit erneut und eingehend beraten müssen, u. a. auch darüber, ob nicht ein Ausbau der Erbschaftsteuer angezeigt und durchführbar sei. Wenn das Projekt der direkten Reichsteuern nicht erledigt werde, so würden die liberalen Parteien erklären, daß sie kein Interesse an den weiteren Steuerprojekten haben.

Deutsches Reich.

Die Entlastung des Reichsgerichts bildet gegenwärtig, wie die „Berliner Universal-Korrespondenz“, im Reichsjustizrat dem Gegenstand

ernster Erwägungen. Es werden die verschiedenen Wege geprüft, die zu einer Arbeitserminderung der Zivilisten des Reichsgerichtes führen könnten. In eine Betrachtung der schon bestehenden sieben Zivilsenate wird aber dabei nicht gedacht, um die Einheit der Rechtsprechung, die die vornehmste Aufgabe des Reichsgerichtes ist, nicht noch mehr zu gefährden. Man wird die Entlastung der Zivilisten des Reichsgerichtes voraussichtlich auf die Weise zu erreichen beabsichtigen, daß man die schon durch die Novelle vom Jahre 1905 von 1500 auf 2500 Mt. heraufgesetzte Revisionssumme noch weiter erhöhen und gleichzeitig gewisse organisatorische Änderungen innerhalb der Senate zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs vornehmen wird.

„Auf Allerhöchsten Befehl . . .“

Die vom „Matin“ gebrachte Verkünder des Kaisers: „Ich habe den Befehl gegeben, daß die Affäre von Calabiana innerhalb 48 Stunden befristet werde“ hat ihre eigene Vorgeschichte. Das Pariser Blatt erhält hierzu von „informierter Stelle“ nachstehende Angaben: Von diplomatischer zuverlässiger Seite wurde mir schon vor einiger Zeit berichtet, daß eines Tages, als die Affäre von Calabiana am kritischsten war, man in der Wilhelmstraße die Geduld verloren hatte. Fürst Bülow ließ nach Paris fahren, wenn Frankreich keine Entschuldigung vorbringt, lasse er seinen Völkern abberufen. Von französischer Seite wurde ihm geantwortet, Fürst Bülow müsse am besten wissen, was er zu tun hat. Diese Drohung wurde dem Kaiser, der damals in Donauinseln weilt, übermittelt. Die Drohung Bülows war nämlich ohne vorherige Verständigung Kaiser Wilhelms nach Paris gerichtet worden. Kaiser Wilhelm, der unter allen Umständen den Konflikt von Calabiana beigelegt wissen wollte, telegraphierte darauf nach der Wilhelmstraße, daß die Affäre von Calabiana binnen 48 Stunden beigelegt sein müsse. Die Friedensliebe Kaiser Wilhelms habe es also bewirkt, daß es damals zu keinem offenen Konflikt gekommen ist. Kaiser Wilhelm habe den Knoten einfach durchgehauen.

Das langsame Arbeiten der Gerichte

hat schon wiederholt zu lebhaften Beschwerden Anlaß gegeben. Es wird dabei auf die Interessen des rechtsuchenden Publikums leider oft gar keine Rücksicht genommen. Der „Liberalen Korrespondenz“ liegt wieder ein Fall vor, wo es sich um einen Beschuldigungsprozeß handelt, der vor dem Landgericht in K ö s s i n verhandelt worden ist und in dem das Urteil, das die Trennung der Ehe verweigert, vor länger als 3 Monaten gesprochen worden ist, ohne daß es bisher möglich war, seine Zustellung an die Beteiligten zu erlangen, insofern als die Refusierung noch nicht angegangen werden kann. In einem Falle, wie dem vorliegenden, wo es höchst wahrscheinlich ist, daß das Berufungsgericht zu einer anderen Auffassung kommen wird als die erste Instanz, wo es sich für den die Scheidung nachsuchenden Ehegatten um eine Befreiung aus unerträglichen Verhältnissen handelt, ist eine derartige Verzögerung der Ausfertigung des Urteils eine weitgetriebene Rücksichtslosigkeit auf Gemütsverfassung und Nerven des rechtsuchenden Teiles. Es ist aus dringende zu wünschen, daß wenigstens in derartigen Angelegenheiten die Rechtsprechung sich einer größeren Eile befleißige. Eine solche Heberlastung der Richter findet doch an den pommerischen Gerichten nicht statt, daß nicht das Urteil in so wichtigen Angelegenheiten spätestens 4 Wochen nach seiner Fällung den Beteiligten zugestellt werden könnte.

See- und Flotte.

Die neue Laufbahn in der Marine. Wie nicht allgemein bekannt sein dürfte, hat die Marineverwaltung die Bildung einer neuen Laufbahn für die Artillerieaufsaher in die Wege geleitet, der im Besonderen die Instandhaltung der maschinellen und elektrischen Einrichtungen der Artillerieanlagen zufallen soll. Bis her geschah dies teils durch Maschinenmacher, teils durch das Feuerwerker- und teils durch das Maschinenpersonal. Die immer komplizierter werdenden, stetig sich vergrößernden Artillerieanlagen an Bord der modernen Schiffe stellen jedoch heute an das zu ihrer Beaufsichtigung und Instandhaltung bestimmte Personal so hohe Anforderungen und verlangen so eingehende Fachkenntnisse, daß es notwendig erschien, ein leibhaftig hierfür bestimmtes Personal zu schaffen, das sich vor allem aus jungen Elektrotechnikern, Maschinentechnikern, Mechanikern und Schloßern ergänzen soll und in das, wie verlautet, auch das zur Zeit vorhandene Maschinenmacherpersonal als Personalstock übernommen werden wird.

Anmeldungen für die neue Laufbahn (Artilleriemechanikerlaufbahn) nehmen die 1. Verbidition in Kiel und die 2. Verbidition in Wilhelmshaven entgegen. Die Artilleriemechanikerlaufbahn wird mit dem 1. April 1909 in der Marine eröffnet. In der 1. Klasse der „Defokoffiziere“ gehört. Dieser Dienstgrad, der nur in der Marine gibt, bildet den Abschluß der meisten Unteroffizierslaufbahnen in der Marine, soweit es nicht, wie z. B. die Feuerwerkerlaufbahn, noch eine Offizierslaufbahn erschaffen. Die „Defokoffiziere“ beziehen Gehalt und sind pensionsberechtigt, weshalb sie oft in mit Marineverhältnissen nicht vertanzten Kreisen für eine Klasse der

Offiziere gehalten werden, zumal wenn sie nach ihrer Verabschiedung nicht die ihrem früheren Dienstgrad entsprechende Bezeichnung, wie z. B. Oberleutnant a. D. oder Majorität a. D., sondern die allgemeinere, als Dienstzweige umfassende des „Defokoffiziers“ oder „Oberdefokoffiziers a. D.“ wählen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus. 26. Sitzung vom 20. Februar. Am Mittwoch: Frh. v. Rheinbaben, Dombörs, Wallach. Präsl. v. Köster eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Drangungsfrage.

Die zweite Beratung des Gegenwurfs betreffend die Beistellung von Mitteln zu Dienstleistungsverbesserungen wird fortgesetzt.

Abg. Herold (Ztr.): Wir sind bereit, einen Teil der Mehrausgaben durch Steuererhöhungen zu decken. Wir hätten zwar gern, daß die Steuererhöhungen nicht bereits bei 1200 Mark begonnen hätten, konnten aber schließlich dem Kompromiß zustimmen, nachdem unsere Anträge auf Ausdehnung des Kinderprellens zur Annahme gelangt sind, und der Zuschlag bis zu 3000 Mark nur 5 Proz. betragen soll. Einem Antrage, die Steuerzuschläge auch für 1908 zu erheben, können wir nicht zustimmen. Dagegen wären wir bereit, die Ausnahmestufe des Arbeitgebers wieder zu beilegen. Bei der Ergänzungssteuer sollten die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nicht nach dem Kaufwert, sondern nach der Schätzung des Wertes herangezogen werden. Es ist die Reichsfinanzreform erwähnt worden. Die Nachschaffsteuer wollen wir nicht. Im übrigen werden wir aber mit den anderen Parteien arbeiten, damit wir auch im Falle zu einer Geländung der finanziellen Verhältnisse kommen. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Frh. v. Rheinbaben:

Bei der Einführung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke sind jetzt die Kauf- und Pachtpreise der Gegenstände maßgebend. Die Pachtpreise sind in der Tat der beste Barometer für den Grundstückswert. In der Zusammenstellung von Kauf- und Pachtpreisen haben wir ein richtiges Merkmal, das durch eine bloße Schätzung nicht ersetzt werden kann. Den Kommissionsbeschlüssen, daß die Ergänzungssteuer nach dem Ertragswert berechnet werden soll, halte ich für eine Versicherung, will aber loyal an dem Kompromiß festhalten. Ganz enschieden muß ich aber Bedenken erheben gegen den Wunsch, daß nun dem so schon durch die Schätzung des Ertragswerts reduzierten Ergebnis der Ergänzungssteuer bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben noch ein angemessenes Arbeitsentlohn des Besitzers in das Budget gebracht werden soll. Bei der Nachschaffsteuer wollen wir das. Aber es ist ganz etwas anderes, ob alle 30 Jahre einmal ein solcher Abzug stattfindet, oder alle Jahre. Was heißt überhaupt ein angemessenes Arbeitsentlohn des Besitzers, z. B. beim Großgrundbesitzer? Wenn wir noch das Arbeitsentlohn abgeben sollen, so befreien wir die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt von der Ergänzungssteuer. Damit würde ein Vorrecht der Landwirtschaft geschaffen werden, das ich bei allem Interesse für sie nicht für gerechtfertigt halten kann. (Leb. Beifall links.) Damit würden die die Höhe der Drangungsfrage in Zweifel stellen. Ist es denn billig, hier eine solche Ausnahmestellung zu schaffen lediglich für die land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke? Wird nicht morgen das Hauswert und der höchste Besitz mit genau denselben Ansprüchen kommen? (Leb. Beifall links.) Mit solchen Anträgen werden die ganzen Gesetze auf das Älterste hinausgeführt. Deshalb bitte ich dringend, diesen Gedanken zurückzuweisen. (Leb. Beifall links.)

Ein Schlußantrag beendet die allgemeine Aussprache. Beifällig bemerkt

Abg. Frh. v. Jochims (Frl.), daß der Abg. Götting gestern die Schätzung der landwirtschaftlichen Grundstücke nach dem Ertragswert als Ertragswert für seine Partei bezeichnet habe. Er wolle das zurück.

Abg. Götting (Frl. Ep.): Ich habe von einer „agrarischen E. wurst“ gesprochen, die das Zentrum gebrochen hat. (Heiterkeit.)

Abg. Herold (Ztr.): Ich akzeptiere es gern, wenn uns das Bedenken zugeprochen wird, diese Vurst gebrochen zu haben.

Ohne wesentliche Debatte wird dann nach den Kommissionsbeschlüssen das Einkommensteuer- und Ergänzungssteuergesetz genehmigt; die dazu gestellten Anträge werden abgelehnt, bis auf einen Antrag Borgmann (Soz.), der dahin geht, daß auch bei Censuswahlen das Kinderprellens keine Minderung des Wahlrechts zur Folge haben soll. Dagegen wird ein zweiter sozialdemokratischer Antrag, der die Ausnahmestufe der Arbeitgeber über das Einkommen der Angestellten beilegen will, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Zentrums abgelehnt. Nach dem Kommissionsantrage wird dann der Gegenwurf betreffend die Gesellschaftsteuer ohne Debatte abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Antrages. Die Beratung beginnt bei einem Antrag v. Hennigs-Zachau (Frl.), der auch für das Jahr 1908 Steuerzuschläge von 1200 Mark Einkommen fordert.

Abg. Dr. Friedberg (ntl.) bekämpft den Antrag, der gegen das Kompromiß verstoße.

Abg. v. Demitz-Odenburg (Frl.) spricht ebenfalls gegen den Antrag und ebenso gegen einen Antrag Borgmann (Soz.), der die Einkommen unter 7000 Mark zu schlagsfrei lassen will, und gegen einen Antrag Götting (Frl. Ep.),

Dr. Radtke (fr. Bg.), der die Entkommen unter 2000 Mann zuschlagfrei lassen will.

Hg. v. Hennigs-Tschin (kon.) meint, daß er trotz des Kompromisses zur Stellung seines Antrages berechtigt sei.

Hg. Köhling (nk.).

Es ist sehr entscheidend, namentlich für die kleinen Steuerzahler, ob sie nur für 1900 einen Zuschlag zu zahlen haben, aber auch für 1908. Die Konserwativen wollen hier der Regierung Steuern aufrüden, auf die sie schon verzichtet hat.

Hg. Köhling (fr. Bp.).

Ein ganz neues Kompromiß ist ja nicht abgeschlossen worden. Aber stillschweigende Vereinbarungen sind doch getroffen worden, was Herrn v. Hennigs nicht entgehen kann.

Hg. Hirsch-Berlin (Soz.).

Wir lehnen alle Steuern ab, solange wir nicht das allgemeine Wahlrecht haben.

Hg. Köhling (nk.).

Was können die armen Steuern dafür, daß wir in Preußen noch nicht das allgemeine Wahlrecht haben.

Die Erörterung schließt. Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt mit Ausnahme eines konservativen Antrags, der die Gesellschaften mit beschränkter Haftung einer geringeren Besteuerung unterwerfen will, als es der Kommissionsbefehl nach, der bei derselben Besteuerung unterwerfen will, wie die Aktiengesellschaften. Das Mantelgesetz wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Das Haus legt darauf die zweite Etatslesung beim

Landwirtschaftsstat

fort. Beim Titel „Ministergehalt“ fordert

Hg. Dr. Newaldt (fr.).

eine Modernisierung des Gehaltsverfahrens der Generalkommissionen.

Hg. v. Kessel (kon.).

Die Landwirtschaft steht vor einem schweren Jahre: Die Hochwasserfluten und der ländliche Arbeitermangel legen ihr schwere Opfer auf. Beim Landwirtschaftsstat hat zahlreiche und erhebliche Ueberfreitungen vorgenommen. Entweder ist er zu knapp bemessen, oder es herrscht nicht genug Sparsamkeit. Wir fürchten, daß beides zutrifft.

Hg. Graf Spee (Ztr.).

fragt nach dem Gehalt des Antrags wegen Entschädigung bei Spermafluten infolge von Viehseuchen und des Antrags auf Zulassung landwirtschaftlicher Sadefabrikanten bei Konfiszierung industrieller Betriebe auf dem Lande. Bei der Kaisergeburtstagsfeier der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin hat ein königlich preussischer Hochschule für den Monismus Propaganda gemacht, um für die Trennung von Kirche und Staat einzutreten und um sich in ganz ungläubiger Form gegen eine politische Partei zu wenden. Der Minister sollte dafür sorgen, daß das nicht mehr vorkommen kann. (Hg. Hoffmann (Soz.) ruft: Der Mann muß geteilt werden!)

Hg. Dr. Eriger (fr. Bp.).

Für die Hochwasserfluten muß die Regierung Gelder zur Verfügung stellen, um die erste Not zu lindern. Warum soll ein Hochschulelehrer nicht aus dem Gehalt seine Erfahrungen an Kaisergeburtstag etwas vortragen? In der Landwirtschaft sollte mehr die Elektrifizität zur Anwendung kommen. Jetzt finden ihn wieder Güterpreissteigerungen. Wenn das so weiter geht, muß wieder eine Not der Landwirtschaft hereinbrechen. Der Landwirtschaftsminister muß da aufstehen und wirken. Auch muß die Regierung sich sehr zurückhalten beim Kauf von Gütern, um nicht noch mehr zur Preissteigerung beitragen.

Hg. Dr. Siedewitz (nk.).

Die Versicherungsanstalten sollten die angesammelten Gelder zur Anlage kleiner Rentenpapiere verwenden. Das Erbbaurecht kann für unsere westlichen Verhältnisse zur Beschaffung besserer Arbeitskräfte sehr gut wirken.

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Ehrenow:

Die Entscheidungfrage wird nicht ohne Mittel der Genossenschaften durchzuführen sein. Die Generalkommissionen sind zurzeit noch mit der Aufarbeitung alter Arbeiten beschäftigt. Sie können daher jetzt noch nicht befragt werden. Die Hochwasserfluten sind beachtet worden. Es handelt sich um eine große Summe einzelner Schäden. Wegen des weitern Ausbaus des Erbbaurechts sind Verhandlungen mit dem Reichsamt des Innern.

Hg. Dr. Seiff (Ztr.).

beantragt die Neuordnung des landwirtschaftlichen Tagewesens, das sehr im argen liegt.

Ein Regierungskommissar

tritt den Ausführungen des Hg. v. Kessel wegen der Etatsüberschreitungen entgegen. Die Grenze zu finden, sei freilich oft schwierig.

Hg. Graf Spee (Ztr.).

betrifft nochmals die Rede des Professors Plate am Geburtstag des Kaisers in der Landwirtschaftlichen Hochschule.

Hg. Kretz (kon.).

Den Ausführungen des Grafen Spee über die Kaisergeburtstagsrede des Prof. Plate schließt ich mich durchaus an. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim:

Ich kann auch das Auftreten des Prof. Plate, besonders bei dieser Gelegenheit, nicht billigen. Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Montag, 11 Uhr. Schluß nach 1/2 Uhr.

Ausland.

Die Revolution in Persien.

Das Reichs-Parlament telegraphiert an die Gesandtschaften, daß die Hauptaufgabe, die Teheran mit der Aufhebung über Persien verbindet, durch Barziden abgeperrt wird, da der Schah die Rechte des Volkes nicht anerkennt, sondern Aufschlagen von Intriganten folge. Die Glaner sollen den Engpass und die Brücke von Menzist besetzt halten. Der Güterverkehr ist fast eingestillt.

Neue Stützpunkte der englischen Flotte.

Vom 24. März an wird Dover, dessen östliche Hafeneinfahrt sich der Vollendung nähert, Stützpunkt für atlantische, aus sechs Schlachtschiffen und sechs Kreuzern bestehende, dem Admiral Battenberg unterstellte Flotte sein, die bislang in Beaulieu in Irland lag. Nach dem „Daily News“ beschäftigt die Admiralität in Mingham bei Newbury an der Mündung des Humberflusses, wo ein Kleiner

Stück gebaut wird, zum Stützpunkt für die Zerstörerflotte auszurüsten.

Das Repräsentantenhaus der Union und Roosevelt.

Das Repräsentantenhaus gab, wie der „New-Yorker“ aus Washington meldet, seiner Gegnerin gegen den Präsidenten erneuten Ausbruch in der Frage der Geheimdienst-Agenten. Es beschloß nämlich, daß die Geheimdienst-Agenten in Zukunft ihre Tätigkeit auf die Entdeckung von Falschmünzern, die Bewachung der Person des Präsidenten und die Aufhebung der Landstroläher auf die Beschränkung hüten, allerdings kam das Haus dem Präsidenten insofern entgegen, als es für die Detektiv-Arbeit zur Ueberwachung der Landstroläher eine Million Dollar bewilligte, das heißt doppelt soviel, als im vergangenen Jahr. Das Haus bewilligte ferner für Ausführung verschiedener öffentlicher Arbeiten insgesamt 136 Millionen Dollar und ermächtigte den Präsidenten, sich mit den kubanischen Behörden in Verbindung zu setzen, um das im Hafen von Habana liegende Brau des amerikanischen Schiffs „Maine“ zu heben.

Provinzial-Nachrichten.

Zur Hochwasserkatastrophe.

† Magdeburg, 20. Febr. Gestern wollten Oberpräsident von Hegel, Ministerialdirektor von Dönnig aus Berlin und der Elektrotechnikdirektor Oberbaudirektor Roloff im Ueberflutungsgebiet und nahmen an der Fahrt auf einem Eisenbahnwagen teil. Es ist wieder ohne Unterbrechung mit aller Kraft gearbeitet worden. Trotzdem konnten der „Magd. Bg.“ zufolge die Eisenbahnen nur 8 Kilometer zurücklegen; sie trafen bei Rühlsitz (Kilometer 439) ein. Man hofft, wenn sich nicht außergewöhnliche Schwierigkeiten entgegenstellen, am Sonntag abend bis zur Dörschbrücke (Kilometer 420) zu gelangen.

Zu bemerken ist noch, daß beim Eisbrechen in der Stromstraße sechs militärische Stöße in Anspruch genommen werden konnte, so daß auch keine Sprengungen stattgefunden haben. Die Arbeiten des Militärs, besonders der Pioniere, erstreckten sich vornehmlich auf Beseitigung von Eisstauungen in den überfluteten Gebieten und auf Rettungsarbeiten, wobei sie, wie schon mehrmals hervorgehoben, Erstauskliches leisteten.

Die Aushebung des Ueberflutungsgebietes hat jetzt gestern erheblich zugenommen; es setzen etwa 100 000 Morgen unter Wasser. Man rechnet damit, daß im ganzen etwa 80 Orte und eine Fläche von 170 000—200 000 Morgen von der Ueberflutung betroffen werden, so daß der Schaden bedeutend größer ist, als allgemein angenommen wird. Besonders groß wird die Not werden in den Rodern unterhalb Seehausens, wo es den Bewohnern nicht möglich sein wird, ihr Vieh in Sicherheit zu bringen.

Reichstagsabgeordneter Fußmann:

der Vertreter des Wahlkreises Hertzberg-Stendal, versendet folgenden Aufruf:

Ein großes Unglück ist über einen Teil der Altmark, insbesondere den Kreis Hertzberg, hereingebrochen. An mehreren Stellen ist der schädliche Eisblock gebrochen, und unauffhaltsam strömen die Wasser in das Land hinein. Die ganze Ebene ist heute ein Meer. Dörfer und Städte, 35 an der Zahl, sind ganz oder teilweise überflutet. Vermutete Acker und Wiesen, zerstörte Gebäude, Verluste an Vieh, an Hausrat und Wirtschaftinventar bleiben als Folge zurück. Dies Unglück trifft einen Landstrich, der nach langer wirtschaftlicher Not endlich wieder aufzuatmen begann. Von neuem wird er nun in seiner Entwicklung zurückgeworfen. Sorge und Not wird in viele Bauernhöfe eingeblasen. Hier gilt es zu helfen. Hier ist einmal Gelegenheit, zu beweisen, daß deutsche Hilfsmittel nicht nur auswärts dem Unglück, sondern auch der Not im deutschen Vaterlande gegenüber gilt. Darum helf!

Zugumleitung.

Infolge Unfahrbarkeit der Straße Hertzberg-Seehausen i. A. findet eine Umleitung von Zügen über Wetzlar wie folgt statt:

- a) Es. 102 ab Stendal 120 nachts, an Hamburg S. 4.11 vorm.
- b) Als Gegenzug nach Hamburg S. 4.58 nach, ein Sonderzug gefahren ab Hertzberg 5.16, Wetzlar 6.24, in Stendal 7.57 und weiter als Es. 151.
- c) Kurswagen des Es. 160 gehen mit 106 nach Wetzlar und mit besonderem Zuge weiter nach Hamburg.
- d) Kurswagen des Es. 150 gehen mit Es. 818 bis Wetzlar und weiter bis Stendal im Zug 103.
- e) Schlafwagen Hamburg-Weizlar läuft statt in den Zügen 205, 445, 155 in den Zügen 774, 467.
- f) Es. D 73 warret in Wetzlar bis zu 22 Min. auf Anbruch des Zuges 105, der in Stendal den Anbruch des Zuges 436 aufnimmt.

Weg des Kronprinzen.

Oberhof, 20. Febr. (Privattelegramm.) Montag, den 22., treffen der Kronprinz und Prinz August Wilhelm von Preußen nebst Gemahlinen zu längerem Aufenthalt in Oberhof ein. Der Winterportierern veranlaßt einen Jagdschlösschen auf Kobel- und Bobsteigflüssen sowie ein Saumpferden; am Mittwoch findet ein Bobsteigrennen statt. Die Bahnen sind vorzüglich.

General v. Hartrott 80. Geburtstag.

Wallestein, 20. Febr. Der hier im Ruhestand lebende General der Kavallerie v. Hartrott vollendet am 21. Februar das 80. Lebensjahr. Ludwig Hartrott wurde am 21. Februar 1829 in Ahersleben geboren und trat am 21. August 1841 als Einjährig-Freiwilliger in das 10. Jüliarenregiment. Er wurde am 13. Juni 1850 Offizier, rückte im Juli 1858 zum Oberleutnant, 1869 zum Rittmeister auf und wurde 1860 zum Kriegsministerkommandant ernannt. Am 22. März 1866 zum Major befördert, kam er im Mai zum mobilen Stabe des Kriegsministers und wurde im Juni dessen Adjutant. Nach dem Feldzuge, dem er mit dem Kronenorden mit Schwertern dekoriert worden war, wurde er mit der Leitung der Zentralabteilung im Kriegsministerium beauftragt und im Juli 1870 zu deren Chef ernannt. Den Krieg machte der Oberleutnant Beförderung als Chef des mobilen Stabes des Kriegsministers mit und erwarb sich das eiserne Kreuz erster Klasse. Am 16. Juni 1871 gab er, rückte er am 10. Januar 1872 zum Obersten auf, worauf er im April 1876 Direktor des Militär-Oekonomiedepartements, Präses der Ober-Examinationskommission des Kriegsministeriums sowie vorstehendes Mitglied der Direktion des Potsdamer Militär-Waisenhauses wurde. Am 22. März 1877 wurde er

zum Generalmajor und am 12. Dezember 1882 zum Generalleutnant befördert. Nachdem er noch 1884 zum Mitglied des Staatsrats ernannt worden war, wurde der verdiente General am 24. Juni 1885 auf sein Abschiedsgeld nach Disposition gestellt. Im Jahre 1897 erhielt er den Charakter als General der Kavallerie.

Ein gewissenloser Vater.

Chemnitz, 20. Febr. Am vergangenen Sonntag starb in Kleinharzmannsdorf der 42 Jahre alte Sohn des Pastors und Gutsbesizers Kempter. Der Verstorbene soll seit vielen Jahren von den Ortsbewohnern nicht mehr gesehen worden sein. Die herbeigerufene Leichenfrau ließ den Ortsarzt rufen, um die Todesurkunde feststellen zu lassen. Dem Arzt, der schon einige Jahre im Dorfe wohnte, war überhaupt nichts von dem Vorhandensein dieses Sohnes Kempters bekannt. Er erstattete infolgedessen dem Bezirksarzt Meldung. Der Leiche war ein reines Seilett und noch — 42 Pfund.

Die Staatsanwaltschaft hat am Mittwoch die Leiche beschlagnahmt und den 72 Jahre alten Vater verhaftet. Er soll den Sohn mehrere Jahre in einem Zimmer eingeschlossen gehalten haben. Ob ein Verbrechen vorliegt, muß die gerichtliche Untersuchung ergeben.

); Kalbe, 20. Febr. (Vom Zwiebelmarkt.) Die Zwiebelpreise haben jetzt eine ansehnliche Höhe erreicht. Für den Feinster werden 10 Mark bezahlt. Das Verkaufsgeschäft in Kalbe hat fast sein Ende erreicht, da große Vorräte nicht mehr vorhanden sind.

— Unterwerfen, 19. Febr. (Verbrühen.) Ein behauerlicher Unfall betraf die Familie des Pastors meisters Wöhe hier. Der siebenjährige Sohn kam einem Kessel mit kochendem Wasser zu nahe, stolperte und kam mit den Händen in das Wasser zu liegen, wobei er sich schwere Verbrühungen zuzog.

(—) Hoflah, 19. Febr. (Sittlichkeitsverbrechen.) Eine hübsche junge Dame hatte den letzten Nachzug von Dessau nach Hoflah verkauft und sich nun genötigt, nach Hause zu gehen. Der in der Hauptstraße wohnende Handlungsgehilfe Albert Sch. schloß sich ihr an. In der Nähe der Muldebrücke machte ihr der Bürsche unzüchtige Anträge. Es kam zu einem harten Kampfe, wobei die Dame furchtbar mißhandelt wurde. Ein zufällig des Weges kommender Herr befreite sie schließlich, als sie schon blutüberströmt war, von dem Missethäter, der in Haft genommen wurde.

Kröfzin, 16. Febr. (Eine Enttäuschung.) brachte uns die Neueröffnung der Jagd. Da man auf einen höheren Nachtertag rechnete, wie er bisher geglaubt wurde, hatte man die Jagd den bisherigen Wächtern nicht wieder belassen, obwohl sie sich bereit erklärt hatten, die Nacht weiter wie bisher zu zahlen. Es kam aber anders, als man erwartet hatte; statt der bisher gezahlten 775 Mark wurden im Termine nur 600 Mark geboten und es mußte für diesen Betrag der Zuschlag erteilt werden. Wächter sind mehrere Herren von hier und Teufeln.

† Gera, 19. Febr. (Gräßlicher Tod.) Im hiesigen hiesigen Krankenhaus starb unter großen Schmerzen der 62 Jahre alte Arbeiter Gustav Wätzer aus Ronneburg. Dem Manne war beim Essen ein Knöchelchen in die Luftröhre geraten, das trotz aller ärztlichen Bemühungen nicht entfernt werden konnte.

* Lindau, 17. Febr. (Moorbahnprojekt.) Bei einer in Burchards Gasthof anwesenden Abenandlung wurde die Errichtung des hiesigen Moorbahnprojektes lebhaft erörtert und auch der dazu erforderliche Koienaufwand zur Sprache gebracht. Auf Anregung wurden von den anwesenden Herren etwa 10 000 Mark zu diesem Zwecke gesammelt. Dieser Betrag bürgt wohl für das Zustandekommen dieses Unternehmens.

+ Leipzig, 19. Febr. (Ein Mißgriff der Polizei in Dresden.) Ein Mißgriff der Polizei hat den „L. N. N.“ zufolge, dem Kritiker eines Leipziger Blattes arg Unannehmlichkeiten bereitet. Kaum war der Herr dem Mittagzuge in Dresden angekommen, da nahm sich die Polizei seiner an. Er war nämlich von einem Mitreisenden der Polizei als der Mörderin in der Windmühlentstraße zu Leipzig verdächtig bezeichnet worden. Der Mißgriff trug indes sich durch eine Legitimation seines Leipziger Blattes auszuweisen, aber die Polizei glaubte ihm nicht. Der Verhaftete gab nunmehr an, daß er in einer Majorsfamilie in Dresden verheiratet, die ihn ohne weiteres rekonvozieren werde. Jetzt mußte der Kritiker es sich gefallen lassen, von einem Postbeamten zu jener Familie begleitet zu werden. Dort erließ ihm die Polizei ihren Mißgriff ein. Daraufhin erfolgte die Freilassung. Der Fall liegt um so eigenartiger, als das Verbrechen des Leipziger Herrn auch nicht im entferntesten mit den Verbrühungen ähnelt, die von dem Wurdgefallen aus der Windmühlentstraße bekannt geworden sind.

© Dresden, 19. Febr. (Die Handelskammer) beschloß heute, der Handelskammer in Dresden der Dresdener Kaufleute für die nächsten 12 Jahre insgesamt bis zu 120 000 Mark Unterstützung zu gewähren, wenn die Kaufmannschaft jährlich 3500 Mt., die Stadt Dresden 15 000 Mt. Zuschuß gewährt.

Sporthnachrichten.

Internationales Turnier in Petersburg.

Stand nach der vierten Runde: Bernheim 3½, Rubinlein 3 und eine Hängepartie, Teichmann, Erich Cohn und Spielmann je 2½, Mielsch, Tartakower, Peris, Salme und Vidmar (eine Hängepartie) je 2, Speyer, Fleisgmann, Chotimirski, Burn, Renaratow (eine Hängepartie) je 1½, Durax (eine Hängepartie) und Snosotborowski je 1, Freemann (eine Hängepartie) ½. Der Sonnabend war Spielfest.

Setzung: Wilhelm Georg.

Berantwörtlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Steinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schauburg; für den Handelsteil: Erwin Gendner; für die Informativteil: Friedrich Gendner; Druck und Verlag von Otto Hendel. sämtlich in Halle a. S.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten. (einschließlich „Unterhaltungsblatt“ und „Berufungstabelle“.)

:: Hotel Richelieu ::

Terriet-Montreux

Deutsches Haus (H. 605 M.) Münchener Preis.



der A. Riebeck'schen Montanwerke, Marke M. W. mit der Krone.

Altbewährte
Güte einer **Ware**

entscheidet bei Einkauf und erhält ihren

❖ **Wert!** ❖

Grösstes Lager von Halle!

Bedienung prompt!

Lieferung bestens!

Preise recht!

Ed. Lincke & Ströfer

Geschäftsräume: Hordorferstrasse 1-2. Fernruf Nr. 93.

Bestellungs-Annahmen in der Stadt:

Leonhardt & Schiesinger, Grosse Ulrichstrasse 13.

Paul Kegel, Bornburgerstrasse 27.

